

EUROPÄISCHES FORUM ALPBACH



Die **WIENER ZEITUNG** ist ein Partner von **EUROPÄISCHES FORUM ALPBACH**

Samstag, 13. August 2011

„WER NICHTS TUT, IST MITVERANTWORTLICH“

Spenden sind lediglich eine kompensierende Gegenleistung für die Armut, die wir Wohlhabenden der westlichen Welt zwei Drittel der Weltbevölkerung auferlegen: Durch unseren Konsum, aber vor allem, indem wir die Menschenrechtsverletzungen von Politik und Wirtschaft dulden. Thomas Pogge lehrt Philosophie in Yale und wird am 18. August 2011 neben Parag Khanna die Eröffnungsrede zum Europäischen Forum Alpbach mit dem Thema Gerechtigkeit halten.

Interview: Cathren Müller



Foto: Thomas Pogge

Wiener Zeitung: In Somalia spielt sich erneut eine Katastrophe ab, viele Menschen verhungern. Sie sagen, dass es nicht nur ein menschliches Unglück ist, sondern auch ungerecht?

Thomas Pogge: Ja, es ist ein Gerechtigkeitsproblem, weil die Regeln, nach denen unsere globalen Institutionen, zum Beispiel die Weltwirtschaft, die Diplomatie, die Politik und andere Subsysteme funktionieren, ungerecht sind. Diese Regeln haben einen erheblichen und immer größeren Einfluss auf die Zuteilung von Lebenschancen in der Welt. Ein Handelsabkommen zum Beispiel, das Märkte öffnet oder sperrt, macht die einen reich und stürzt andere in Armut. Diese Regeln, die auf supranationaler Ebene von Regierungen ausgehandelt werden, dienen

natürlicherweise mehr den Interessen der Reichen als den Interessen der Armen.

Warum ist das so?

Mächtige Parteien wie zum Beispiel große Konzerne haben mehr Einfluss auf die wichtigsten Regierungen, sie sind informiert, sie bestimmen die Verhandlungen. Arme Menschen, zwei Drittel der Weltbevölkerung, können das nicht. So entsteht eine immer größere globale Ungleichheit. Jetzt sind wir soweit, dass die unteren zwei Drittel der Menschheit gerade mal sechs Prozent des globalen Haushaltseinkommens haben. Das bedeutet, dass das obere eine Drittel 94 % besitzt. Ein unglaubliches Missverhältnis, das die Zahl der Hungernden ständig steigen lässt. Wenn wir in diesem Jahr wieder, zum zweiten Mal in der Menschheitsgeschichte nach 2009,

über eine Milliarde Hungernde haben, ist das eine Konsequenz der Tatsache, dass die große Mehrheit der Menschen auf die bestimmenden Regelwerke keinen Einfluss hat.

Inwiefern ist das ein moralisches Problem und nicht vielmehr ein politisches?

Es ist beides. Die Regeln werden von der Politik gemacht und in Verhandlungen festgelegt. Das ist Politik, aber die Politik hat natürlich mit Moral was zu tun. Der innerste Kern von Ungerechtigkeit ist die systematische Verletzung der Menschenrechte und das finden wir heute auf internationaler Ebene. Die Regeln unserer Weltwirtschaft verletzen in vorhersehbarer und vermeidbarer Weise ganz massiv die Menschenrechte. Wenn wir bei der Ausformung der Regeln auf die Armutsvermeidung achten würden, hätten wir

Liebe Leserinnen
und Leser,

Das Streben nach Gerechtigkeit entspringt der Grundkonstitution des Menschen. Wir suchen nach einer übergeordneten Instanz, die unsere Konflikte mit der Umwelt löst und widerstreitenden Meinungen eine Ordnung auferlegt. Das Bestreben, Gerechtigkeit nicht nur als eine Notwendigkeit, sondern als ethischen Imperativ zu verstehen, steht im Mittelpunkt des Europäischen Forums Alpbach 2011 »Gerechtigkeit – Verantwortung für die Zukunft«.

Statt wie bisher 14 wird es erstmals 16 einwöchige interdisziplinäre Seminare geben, die das Generalthema aus den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Blickwinkeln thematisieren. Darüber hinaus werden die Alpbacher Gespräche das Thema mit Fokus auf Gesundheit, Reform, Technologie, Politik, Wirtschaft, Baukultur und Finanzmärkte in interaktiven Diskussionen beleuchten.

Auch die erfolgreichen Alpbacher Sommerschulen zu Europarecht sowie Gesundheitspolitik finden 2011 ihre Fortsetzung. Das Kulturangebot bringt mit Rudolf Taschner, Ilija Trojanow, dem Rundek Cargo Trio und Günter Brus erneut große Namen nach Alpbach.

Wir freuen uns auf Sie,
Ihr

Erhard Busek

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:
Wiener Zeitung GmbH
1040 Wien, Wiedner Gürtel 10
Telefon: 01/20699-0
www.wienerzeitung.at

Geschäftsführung: **Mag. Karl Schiessl**

Marketing: **Wolfgang Renner, MSc**

Konzeption und Redaktion: **Mag. Cathren Müller**

Layout: **Richard Kienzl**

Programmdesign: **section.d**

Druck: **Druckerei Berger, Horn**

nicht eine Milliarde Menschen, die sich nicht ernähren können.

Ist es in Hinblick auf die Bekämpfung der Armut wichtig, dass man sie als moralisches oder als ein Gerechtigkeitsproblem definiert? Ich halte das für wichtig. Viele sagen, dass Menschen mit Macht und Einfluss gegen moralische Argumente immun sind, das mag sein, aber es stimmt nicht bei der Bevölkerung. Den Politikern wiederum kann es nicht egal sein, was die Bürger denken. Moralische Argumente sind wichtig, aber wir können auch an die Klugheit appellieren: Wenn die unteren zwei Drittel der Menschheit arm sind, entstehen dort Krankheiten, die uns gefährlich werden können, SARS und Vogelgrippe zum Beispiel, und möglicherweise auch Terrorismus und Überbevölkerung. Wenn wir ein bisschen Interesse an dem Schicksal unserer Kinder und Kindeskiner haben kann uns das nicht egal sein. Man darf aber nicht aufgeben, die Menschen zu moralisieren und sie daran zu erinnern, was ihre allerwichtigste Verantwortung ist.

Sie sagen, den Bürgern in den reichen Ländern seien das moralische Problem und ihre Verantwortung bewusst. Nun sind aber auch andere Akteure beteiligt: globale Konzerne, Institutionen, die keiner demokratischen Legitimation unterliegen. Welchen Einfluss haben die „normalen Menschen“ tatsächlich?

Es ist schwieriger, die Unternehmen zu überzeugen, als die Menschen. Unternehmen schieben die Pflicht zur Profitmaximierung vor und behaupten, sie könnten es sich nicht leisten, auf den Welthunger und Ähnliches Rücksicht zu nehmen. Da muss man ihnen ihre Grenzen klar machen. Denken Sie an die Nazizeit, wo Unternehmen Gasanlagen für KZs produziert und Waffen hergestellt haben. Man muss die Unternehmen mit den moralischen Grenzen, nicht nur den - oft völlig unzureichenden - legalen, konfrontieren. In Europa gibt es relativ gut funktionierende Demokratien, da haben das letzte Wort immer noch die wahlberechtigten Bürger. Die haben nicht nur das Recht und die Möglichkeit, die Politik zu bestimmen, sondern auch die Verantwortung das zu tun. Die meisten Bürger wohlhabender Staaten haben zwar den Verdacht, dass ihr Wohlstand auf Kosten armer Menschen in den Entwicklungsländern geht, aber so genau möchten sie das nicht wissen, es ist unangenehm.

Inwiefern sind Bürger zur Hilfe verpflichtet? Ein Staat ist ein komplizierter Organismus. Im Fall von Deutschland sind das 82 Millionen Menschen. Wenn Deutschland zum Beispiel über Polen herfällt und dann über die Sowjetunion, Frankreich, kann man nicht sagen, naja, das ist ein Verbrechen Deutschlands, aber keines der Deutschen. Es waren deutsche Bürger, die über Polen und Frankreich hergefallen sind und deren Bürger umgebracht haben. Ganz genauso ist es auch heute. Wenn Deutschland Verträge unterzeichnet, die vorhersehbarerweise die Armut in Afrika verschlimmern, kann man nachher nicht sagen, naja, es war die Regierung. Die Regierung ja, aber eine Regierung, die von uns beauftragt und ermächtigt wurde. Wir haben damit die Verarmung Afrikas akzeptiert und befördert. Da sehe ich die Verantwortung. Wer sich ihr entledigen möchte, muss entweder das Land verlassen oder sich politisch engagieren.

Wer nichts tut, macht sich mitschuldig?

Ja, der ist dann ein Mitläufer. Durch Spenden oder Mitarbeit bei wohltätigen Organisationen kann man vielleicht viel vom Schaden wiedergutmachen, den wir kollektiv anrichten. Besser ist aber, für eine gerechte Außen- und Wirtschaftspolitik zu mobilisieren: Wir müssen darauf bestehen, dass Wirtschafts-, Handels- oder Finanzverträge so gestaltet sind, dass sie – als Minimalforderung – die Armut im Ausland nicht verschärfen. Das ist nämlich das, was unsere globale Wirtschaftsarchitektur tut. Wir erlauben den Banken Gelder anzunehmen, die aus Diebstahl, Korruption und

Steuerhinterziehung stammen. Wir machen es den Unternehmen viel zu einfach, Geld aus den armen Ländern herauszusaugen. Wir sind in den reichen Ländern sehr stolz, dass wir etwa 120 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe leisten – die illegitimen Finanzrückflüsse aus den armen Ländern sind aber um ein Vielfaches höher.

Wir tragen auch durch unseren Konsum zur Ungerechtigkeit bei. Jetzt können sich nicht alle Menschen in den reichen Ländern einen fairen Konsum leisten. Ist es nicht ungerecht, ihnen Mitverantwortung für die Situation zu geben?

Man kann die ärmeren Bürger in unseren Staaten nicht einfach ausnehmen. Manche Beiträge verursachen keine Mehrkosten, zum Beispiel eine Reduktion des Fleischkonsums. Das würde dazu beitragen, dass es mehr Nahrungsmittel auf der Welt gibt. Bei anderen Dingen sind die wirtschaftlichen Auswirkungen nicht absehbar. Da geht es um den politischen Effekt. Nehmen wir an, Sie würden nur noch Fair Trade-Kaffee kaufen: Was Sie durch den Kauf des Fair Trade-Kaffees wirtschaftlich bewirken, ist unklar, aber Sie machen den Politikern klar, dass Ihnen Gerechtigkeit wichtig ist. Ich erinnere Sie an die Apartheid-Kampagne vor 25 Jahren, als viele die Aktien von Firmen verkauft haben, die noch in Südafrika präsent waren. Was das wirtschaftlich bewirkt hat, ist unklar, aber es hat den Politikern gezeigt, dass uns Bürgern die Bekämpfung der Apartheid ein Anliegen ist, das berücksichtigt werden muss. Es gibt viele Beispiele, wo arme Menschen sich gegen Ungerechtigkeit gewehrt haben, die sie nicht selbst betroffen hat. Im 19. Jahrhundert weigerten sich die Dockarbeiter in Manchester, die Baumwolle aus Amerika zu entladen, weil sie von Sklaven geerntet worden war und die Schiffe anschließend nach Afrika fuhren, um mehr Sklaven über den Atlantik zu transportieren. Der Sieg gegen den Sklavenhandel wäre ohne diese unglaublich armen Menschen, die mit ihrem Handeln das Überleben ihrer Familien auf's Spiel setzten, nicht erreicht worden.

Wie kommt es, dass das Bewusstsein, dass die Dockarbeiter hatten, offenbar jetzt nicht existiert?

Wir sind bequem geworden und auch postmodern in dem Sinne, dass die Moral oft wie ein Hobby angesehen wird. Moral und Menschenrechte sind aber nicht verhandelbar, das kann man nicht jedem Einzelnen überlassen, da hören Spaß und Toleranz auf. Wenn in Ruanda Hunderttausende mit Macheten verstümmelt und umgebracht werden, hat die Welt die Verantwortung dort einzugreifen. Das Bewusstsein gibt es heute nicht. Viele Leute sagen „Mir geht's gut und wenn da in Afrika ein paar hunderttausend Leute umkommen, das ist mir, ehrlich gesagt, egal.“

Woher kommt diese Gleichgültigkeit? Die Dockarbeiter haben das Leid auch nicht mit eigenen Augen gesehen.

Ich denke, die Dockarbeiter konnten sich besser identifizieren. Als relativ wohlhabender Mitteleuropäer kann man sich heute nicht vorstellen, was es heißt, im Bürgerkrieg zu leben, chronisch unterernährt zu sein, Kinder zu haben, für die man kein Essen hat, mit ansehen zu müssen, wie viele Kinder an Durchfall und Malaria sterben. Die aktuelle Hungersnot in Afrika tötet täglich sechs von 10.000 Menschen. Das ist 40 Mal mehr, als bei der Katastrophe, die Norwegen - einen Tag - erleben musste. Wir wissen alle, was in Afrika stattfindet, aber wir wollen nicht hinsehen. Das ist auch ein moralisch schuldhaftes Verhalten, denn die fundamentalste moralische Pflicht ist es, überhaupt eine Moral zu haben und sich den Realitäten der Welt moralisch zu stellen.

Was ist mit den Menschen, die in den Institutionen sitzen, die die Regeln ausarbeiten, die Verträge unterschreiben? Wissen diese Menschen, was sie tun und welche Folgen ihr Handeln hat?

Sie wissen das sehr wohl, nur ist ihnen ihre Karriere wichtiger. Außerdem begünstigen

die modernen Hierarchien in Bürokratie und Politik die Verdrängung des Elends. Diejenigen weit oben in der Hierarchie haben Macht, aber kein Wissen. Je weiter unten, desto weniger Macht, aber umso mehr Wissen. So wird es möglich, weit oben die Konsequenzen des Handelns zu verleugnen. Man hat von nichts gewusst. Unten in der Hierarchie ist man machtlos, man konnte ja nichts tun, hatte seine Instruktionen. Bei den Sanktionen gegen den Irak war es so: Diejenigen oben in der Hierarchie hatten „keine Ahnung“, die unten haben sich an die Anweisungen von oben gehalten. Was kam dabei heraus? Eine entsetzliche Hungerkatastrophe. So ist es immer wieder. Obama oder Merkel geben vor, welche Ziele die Delegierten zu den WTO-Verhandlungen erreichen müssen. Andere Delegationen haben ihre Verhandlungsziele, dann wird gefeilscht. Die Interessen derer, die nicht vertreten sind, bleiben natürlich auf der Strecke. Das ist offensichtlich und den Beteiligten bewusst.

Sehen Sie da eine abgeschwächte Verantwortung: Hat Angela Merkel zum Beispiel mehr Verantwortung als der- oder diejenige, die am Verhandlungstisch sitzt?

Natürlich sind alle verantwortlich. Wenn Frau Merkel ihrer Verantwortung für die Menschenrechte gerecht werden wollte, dann müsste sie den Menschenrechten Priorität vor den Interessen der deutschen Industrie geben. Ich nehme aber mal an, dass Merkel das nicht tut. Daher müssen die Leute, die in der Hierarchie niedriger sind, die ungerechten Regeln anprangern oder eben von ihrem Amt zurücktreten. Der UNO-Beauftragte Hans von Sponeck hat sich damals geweigert, die Sanktionen gegen den Iran weiterhin zu überwachen.

Warum ist es aber so leicht, sich über moralische Impulse hinwegzusetzen?

Weil wir davon profitieren. Die afrikanischen Länder sind sehr reich an Rohstoffen, und wir haben einen unendlichen Bedarf. Wenn das bedeutet, dass wir einem Diktator Geld geben müssen, nehmen wir das in Kauf, obwohl wir wissen, dass er im Grunde nicht der rechtmäßige Eigentümer ist. Wir suchen uns dann irgendeine beruhigende Geschichte. Das sehen wir in Nigeria zum Beispiel, dem „erfolgreichsten“ Land Afrikas, wir sehen, dass nicht legitimierte Regierungen an der Macht sind, dass die Wahlen ein Witz sind, dass Gewalt herrscht, die von uns finanziert ist. Wir liefern auch noch die Waffen. Einiges von dem Geld für die Rohstoffe kriegen wir so wieder zurück. „So ist Nigeria nun mal“, sagen wir uns.

Welche Rolle haben die Sozialwissenschaften dabei? Sie haben selbst praktische Vorschläge ausgearbeitet, wie man die Dinge anders regulieren könnte. Ist es die Aufgabe der Philosophie das zu tun?

Ich glaube schon. Die Philosophie vermittelt Werte. Sie kann helfen zu verstehen, um was es im Leben geht. Die Philosophie darf aber nicht bei abstrakten Prinzipien wie „alle Menschen sollten ihre Bedürfnisse befriedigen können“ oder „alle Menschen sollten Freiheit genießen“ stehen bleiben. Was wir brauchen, sind klare Instruktionen, wie Institutionen und Regeln zu verändern sind. Das kann die Philosophie nur in Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften und mit Hilfe von viel praktischer Erfahrung tun.

Ist die Weltarmut das dringendste Problem?

Ja. Die Weltarmut ist wohl eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste, Problem. Es gibt noch zwei oder drei weitere ähnlich wichtige Probleme, darunter die Entwicklung und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und das Klima. Beides hat mit Armut natürlich sehr viel zu tun, denn die Armen sind die Hauptleidtragenden. Es gibt viele Ökonomen, die sich mit Armut beschäftigen, aber auf eine Weise, die für uns sehr bequem ist. Sie kommen zum Beispiel zu dem Schluss, dass Armut an den schlechten Regierungen der Länder liegt. Die entscheidende Frage

nach den globalen Spielregeln stellen sie nicht. Dann würden sie darauf kommen, dass diese Herrscher sich nur deswegen an der Macht halten können, weil unsere Banken, Firmen und Regierungen sie durch Kredite, Rohstoffkäufe und Waffenlieferungen künstlich im Amt halten.

Länder, die für ihr Wachstum gelobt werden, scheinen dieselben Entwicklungspfade einzuschlagen, wie die USA und Europa Jahrzehnte zuvor. Sie beteiligen sich ebenso am Rohstoffraub. Was gibt Ihnen die Hoffnung, dass sich diese Entwicklung zugunsten einer gerechten Welt verändert? Hoffnung ist eine zweischneidige Sache. Manchmal schaue ich mir die Welt ganz nüchtern an und dann habe ich gar nicht so viel Hoffnung. Es sieht eher danach aus, als blieben uns noch vier- oder fünfhundert Jahre. Andererseits ich bin ein engagierter Mensch, da ist Hoffnung ein ganz wichtiger Motivationsfaktor. Es liegt in unserer Hand, denn es gibt keine unüberwindbaren Hindernisse gegen die Gerechtigkeit oder die Bekämpfung des Klimawandels, wenn wir den politischen Willen dafür aufbringen. Dafür arbeite ich.

Sie haben auch Vorschläge gemacht, die direkt auf der Ebene der Institutionen ansetzen, wie zum Beispiel den Health Impact Fund (HIF).

Unser Gesundheitssystem ist nicht nur teuer, sondern auch ungerecht. Arme Menschen haben keinen Zugang zu dringend benötigten Medikamenten, weil Pharmafirmen nur für Märkte forschen, die lukrativ für sie sind. Der HIF schafft für sie Anreize, indem er für die Gesundheitseffekte zahlt. Pharmafirmen erhalten für das Medikament vom Käufer den Selbstkostenpreis und HIF-Prämien für die nachgewiesene Verbesserung der Gesundheit. Die Firmen müssten Sorge tragen, dass ihre Medikamente ankommen und richtig eingenommen werden, weil sie nur so etwas verdienen können. So würde es sich auch lohnen, Medikamente für ärmere Menschen zu entwickeln. Heute zählt nur der Verkauf.

Wie stehen die Chancen den Fund tatsächlich umzusetzen?

Es ist ein marktfreundlicher Vorschlag und daher leicht konsensfähig. In einigen Ländern, zum Beispiel Deutschland, erfahren wir viel Unterstützung. Wir hoffen, dass die Vernunft möglichst schnell den Sieg davon trägt. Die Rückmeldungen sind durchweg positiv. Die größte Hürde ist es, die relevanten Leute in den Industriestaaten dazu zu bringen, sich das anzuschauen. Wir müssen jetzt ein paar Pilotprojekte auf die Beine stellen, um die HIF-Idee zu testen. Wir versuchen außerdem bei der UN Vollversammlung im September dabei zu sein, mit ein bisschen Glück haben wir dort eine offizielle Präsentation.

Thomas Pogge

Thomas Pogge wurde 1953 geboren und hat seine Forschungstätigkeit nach einer Auseinandersetzung mit John Rawls der Globalen Gerechtigkeit gewidmet. Er ist Leitner Professor für Philosophie und Internationale Angelegenheiten an der Yale University in New Haven. Gemeinsam mit einem interdisziplinären Forschungsteam arbeitet er am Health Impact Fund, einem Finanzierungsmodell für die pharmazeutische Forschung, um der armen Weltbevölkerung den Zugang zu Medikamenten zu ermöglichen. Pogge arbeitet außerdem als Forschungsdirektor an der Universität Oslo und als Professor am Centre for Applied Philosophy and Public Ethics der Australian National University. Er hält am 18. August 2011 die Eröffnungsrede zum Europäischen Forum Alpbach und leitet dort das Seminar „Global Justice“.